

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 218 B

BERLIN • Freitag, den 16. September 1932

I. JAHRGANG



Schafft die internationale Einheitsfront gegen den Krieg!

S. H. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach zweitägigen Beratungen über die politische Lage die folgende einstimmig angenommene Erklärung zur Wehrfrage herausgegeben:

„Die Sozialdemokratie hat für Deutschland stets die volle Gleichberechtigung auf dem Boden der allgemeinen Abrüstung gefordert.

Die ehemaligen Gegner Deutschlands sind ihrer Verpflichtung aus dem Versailler Vertrag und dem Völkerbundspakt bisher nicht nachgekommen. Die einseitigen Bestimmungen des Versailler Vertrages sind von uns immer bekämpft worden.

Die Reichsregierung hält nun den Zeitpunkt für gekommen, für Deutschland die Freiheit zur Ausgestaltung seiner Wehrmacht zu beanspruchen.

Die Sicherheit der Völker kann aber mit den Mitteln der militärischen Rüstung nicht erreicht werden. Insbesondere gilt dies für Deutschland angesichts seiner geographischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder.

Die Sozialdemokratie hält deshalb die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt. Diese Aktion birgt die Gefahr in sich, daß sie den anderen den Vorwand zu einer uferlosen Wettrüsten gibt, das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährden und die Völker in eine Katastrophe führen müßte. Nur eine Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker auf dem Boden allgemeiner Gleichberechtigung, auf die Erhaltung des Friedens und der internationalen Abrüstung gerichtet ist, birgt für die wirkliche Sicherheit.

Bereits in den auf dem Magdeburger Parteitag 1929 beschlossenen Richtlinien hat die Sozialdemokratie eindeutig erklärt:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, die den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wird. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Jeder Schritt im Sinne der deutschen Rüstungsnote, wie sie insbesondere durch zahlreiche Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher erläutert worden ist, birgt die Gefahr in sich, Deutschland in politische Isolierung zu führen, die Welt gegen Deutschland zusammenzuschweißen und das Versailler Diktat zu verewigen. Die schlimmsten Folgen drohen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterklasse.

Daß die Reichsregierung in der größten wirtschaftlichen Krise und der sozialen Verelendung, des Lohnabbaus und der Zerstörung der sozialen Einrichtungen mit kostspieligen Rüstungsplänen hervortritt, fordert den entschiedensten Widerstand heraus.

Abgesehen von dieser grundsätzlichen sachlichen Ablehnung widerspricht die Fraktion den Plänen der Regierung auch schon deshalb, weil sie unter Ausschaltung des Parlaments und der öffentlichen Kritik durchgeführt werden sollen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Entfesselung nationalistischer und militaristischer Instinkte in allen Ländern, da sie darin eine Bedrohung der Freiheit der Arbeiterschaft und eine Gefährdung des Weltfriedens erblickt.

Wir begrüßen den Protest, mit dem diese Erklärung schließt. Der Entfesselung nationalistischer und militaristischer Instinkte in allen Ländern mit Entschiedenheit entgegenzutreten, ist heute eine der dringendsten Aufgaben der Sozialisten.

Die sozialdemokratische Erklärung selber wendet sich aber, im Gegensatz zu ihrem eigenen abschließenden Appell, im wesentlichen an die nationalistischen Instinkte. Die Gefahren, vor denen sie warnt: Daß „den anderen“ der Vorwand zu einem uferlosen Wettrüsten gegeben wird; daß Deutschland in die politische Isolierung geführt und das Versailler „Diktat“ verewigt wird. „Die schlimmsten Folgen drohen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterklasse.“

Mit dieser Argumentation steht aber die SPD grundsätzlich auf dem gleichen Standpunkt wie Schleicher und seine reaktionären Kreise, daß es nämlich innerhalb der allgemeinen Bedrohung durch Kriege für jede Nation erst einmal darauf ankommt, die eigene Sicherheit zu garantieren. Von diesem Standpunkt aus hat aber Schleicher zugkräftigere Argumente.

Denn wie will die SPD diese Sicherheit schaffen?

Sie fordert dafür von den anderen Völkern mit dem Hinweis auf den Völkerbundspakt die allgemeine Abrüstung. Und sie fordert ferner eine Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker abzielt. Inmitten kapitalistischer Regierungen bleiben diese Forderungen fromme Wünsche, was auch die SPD wissen sollte. Was denkt die SPD zu tun, wenn die Völker nicht abrüsten, wenn die Außenminister der verschiedenen Staaten keine Politik der Verständigung treiben?

Solange sie hierauf keine Antwort gibt — und sie gibt keine —, ist Schleichers Argumentation, wenn auch gefährlicher, so doch durchschlagender: Er wird aufrüsten. Denn wenn man inmitten des allgemeinen Rüstens in erster Linie den Nachteil für die eigene Nation ins Auge faßt, dann leuchtet es mehr ein, sich an die Kräfte der eigenen Nation zu wenden, als an den Friedenswillen der anderen zu appellieren.

Neue unerhörte Knebelung der Presse.

„Berliner Volkszeitung“ verboten.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund des § 6, Absatz 1, Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 verbiete ich die in Berlin erscheinende Tageszeitung BVZ („Berliner Volkszeitung“) mit sofortiger Wirkung bis zum 21. September 1932 einschließlich.

In Nr. 437 wird ein Artikel „Auflösung ohne Rechtsgrundlage“ gebracht, in dem ein angebliches Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Nawiasky besprochen wird. Es wird hier dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung der schwere Vorwurf des Verfassungsbruchs gemacht. Die Ausführungen enthalten daher eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichspräsidenten im Sinne des § 6, Abs. 1, Ziffer 2 a. a. O.

Das Verbot der „Volkszeitung“ ist in jeder Hinsicht unzulässig:

1. In dem nicht „angeblichen“, sondern tatsächlichen Gutachten von Nawiasky ist von einem „Verfassungsbruch“ überhaupt nicht die Rede, sondern von einer „Maßnahme; ... die eine strikte Verletzung der Reichsverfassung bedeutet“. Diese Maßnahme wird zudem überhaupt nicht dem Reichspräsidenten, sondern der Regierung zugeschrieben.

2. Der wirkliche Vorwurf des Verfassungsbruchs kann schon deshalb nicht an sich den Tatbestand der Beschimpfung und böswilligen Verächtlichmachung erfüllen, weil man sonst annehmen müßte, daß der Vorwurf, die Regierung habe die

AUS DEM INHALT:

Demokratisierung oder Eroberung des Rundfunks?
Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.
Das neue Exerzierreglement.
Zwei Urteile gegen rechts.
Theologische Taschenspielertricks.
Die Krise verschärft die Krise.

Verfassung gebrochen, immer unwahr sein müßte, d. h. daß sie die Verfassung weder wesentlich noch irrtümlich verletzen könne. Denn nur, wenn der Vorwurf des Verfassungsbruchs wesentlich zu Unrecht erhoben wird, kann man von einer Beschimpfung und Verächtlichmachung reden. Beides aber ist von Herrn Melcher gar nicht erst geprüft worden. Weder hat er untersucht, ob die Regierung die Verfassung verletzt hat, noch hat er untersucht, ob die „Berliner Volkszeitung“ sich geirrt hat oder ob sie jemand verleumdete hat.

2. Das Reichsgericht hat diese Auffassung in einem Urteil des ersten Senats vom 14. April 1932 ebenfalls vertreten:

„Die Äußerung, ein Minister habe die Verfassung gebrochen, ist nicht schlechthin ehrverletzend. Sofern diese Äußerung nur die Behauptung in sich schließt, der Minister habe verfassungswidrig gehandelt, kann sie lediglich die Auffassung des Äußernden über eine auf dem Gebiete des Verfassungsrechts liegende, nicht zweifelsfreie Rechtsfrage wiedergeben.“

Die betroffenen Zeitungen müssen sich endlich aufraffen, gegen den verbotslustigen Herrn Polizeipräsidenten energisch vorzugehen. Die Presse muß in öffentlichen Versammlungen gegen ihre Knebelung Einspruch erheben. Durch Rücksichtnahme, werden Polizisten im allgemeinen nicht freundlicher. Wenigstens hätte Herr Melcher sonst dazu Gelegenheit genug gehabt: Die Betroffenen haben sich immer ziemlich rasch zufriedengegeben.

Der einzige Ausweg für eine sozialistische Partei ist der, von vornherein den nationalistischen Weg zu verlassen, d. h. den allgemeinen Frieden weder dem Wehrapparat noch dem Abrüstungswillen der einzelnen Nationen zu überlassen, sondern

an ein internationales Forum zu appellieren, das für Sozialisten nur in den internationalen Organisationen der Arbeiterklasse bestehen kann.

Was wir in dem Aufruf der SPD also vermissen, ist der Appell an ihre eigene internationale Organisation, die II. Internationale, die freilich eines kräftigen Stoßes bedürfte, wenn sie dieser Aufgabe gerecht werden will, ganz davon zu schweigen, daß in den Köpfen der Sozialdemokraten nichts davon zu finden ist, daß die gesamte Arbeiterschaft vor der Gefahr imperialistischer Kriege steht, und daß es daher an der Zeit wäre,

gemeinsame Parolen für die II. und die III. Internationale gegenüber diesem Gegner zu finden.

Das traurige Schauspiel des Amsterdamer Kongresses hat jedem Sozialisten das Versagen dieser beiden Organisationen in erschreckender Weise vor Augen geführt. Hier Einheitsparolen durchzusetzen, mag bei der Befangenheit in nationalistischen Ideen noch schwieriger sein als im innerdeutschen Kampf gegen den Faschismus, aber es bleibt die dringlichste Aufgabe, wenn man der Gefahr neuer Kriege nicht nur mit nationalistischen Phrasen entgegenzutreten will, durch den Hinweis, welche Nachteile ein Krieg dem eigenen Volk bereiten werde.

Verwegener Raubüberfall.

Am Donnerstag vormittag wurde auf einen Geldtransport der Berliner Omnibus-Gesellschaft ein frecher Raubüberfall verübt, bei dem den Tätern etwa 33 000 Mark Papiergeld in die Hände gefallen sind. Das Geld befand sich in einer Aktentasche, die man vorsichtshalber in eine Kiste gepackt hatte.

Die Täter, deren Anzahl auf vier bis sechs angegeben wird, eröffneten ihren Überfall mit einer tollen Schießerei, bei der der Stadtinspektor Otto Meyer so schwer verletzt wurde, daß er bereits gestorben ist.

Die Täter flüchteten in einem blauen Auto: Nr. IA 16393, das, wie sich inzwischen herausgestellt hat, seinem Besitzer am Mittwoch gestohlen worden war.

Minenattentat.

in Augsburg, 14. September.

Am Mittwoch früh wurde auf das Wohnhaus des Anwalts beim Weißenhorner Amtsgericht, Max Weber, ein Bombenanschlag verübt. Die Täter legten eine 7,5 cm Wurfmine auf die Türschwelle und brachten sie mittels einer zwei Meter langen Zündschnur zur Entladung. Durch die Explosion wurde die Haustür zertrümmert und die Wände schwer beschädigt.

Vorgetäuschte Freiheit.

62 Kirchen tagen in Stockholm.

Hr. Vom Sonntag bis Mittwoch dieser Woche tagte in Stockholm der „Internationale Verband zur Verteidigung und Förderung des Protestantismus“. Angesichts der erst kürzlich in Essen vorgenommenen Orientierung der katholischen Kirche über ihre Lage in den Großstädten Deutschlands ist es von Interesse, auch den zweiten großen Gegner, dem wir als Freidenker gegenüberstehen, die protestantische Kirche, auf einer internen Tagung zu beobachten.

Aber wir müssen schon hier genauer vorgehen: Es war nicht die protestantische Kirche, die in Stockholm eine internationale Konferenz abhielt; der in Stockholm tagende Verband umfaßt, wie im Tätigkeitsbericht des Generalsekretariats mitgeteilt wurde, heute

62 Kirchen und Organisationen

als Mitglieder. Von der Einheitlichkeit einer einzigen „allein seligmachenden“ Kirche weiß der Protestantismus nichts.

Schon daraus folgt, daß das Zentralproblem, das dem Essener Katholikentag sein Gepräge gab: Wie führt man die Menschen der Großstädte in das für ihre Vorstellungswelt überholte und veraltete Lehrgebäude der Kirche zurück? in Stockholm nicht den Ausschlag geben konnte. Denn es gibt kein einheitliches protestantisches Lehrgebäude. Mit der Einheit der Organisation mußte notwendiger Weise auch die Einheit des Lehrgebäudes zerfallen — da diese bei dogmatischen Weltanschauungen, wie es das Christentum in jeder seiner Schattierungen ist, nur durch die gemeinsame Bindung aller Gläubigen an ein zur Autorität erhobenes Oberhaupt gesichert werden kann. Der Versuch des Protestantismus, die Organisation des gemeinsamen Glaubens, wie sie in der katholischen Kirche, am konsequentesten in der Unfehlbarkeitserklärung des Papstes, unternommen wird, durch die gemeinsame freie, von keiner Organisation aufgezwungene Anerkennung eines Buches zu ersetzen, ist schon bald nach der Reformation an der naheliegenden Schwierigkeit gescheitert, daß nunmehr die Auslegung dieses Buches der Freiheit und damit, da wissenschaftliche Maßstäbe nicht vorlagen, der Willkür der Einzelnen überlassen blieb.

So hat denn auch die fast völlige Loslösung der protestantischen Kirchen von einem allgemein verbindlichen, starren Dogmenystem nicht zu ihrer Kräftigung beigetragen. Wer die Berichte über die Reden der Stockholmer Konferenz liest, wird sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die katholische Kirche, trotz ihrer Belastung mit einer abgestorbenen mittelalterlichen Vorstellungswelt, der protestantischen Schwester an innerer Festigkeit bei weitem überlegen ist. Schon der breite Raum, den in Stockholm die Abwehr gegen die Lehren Roms eingenommen hat, zeugt hierfür; noch mehr aber die Schwäche der Argumente, die den katholischen Angriffen entgegengesetzt wurden.

„Als Wurzel allen Uebels erscheint der spezifisch katholischen Geschichtsbetrachtung der durch die Reformation zur Herrschaft gelangte religiöse Subjektivismus und Individualismus“, stellt einer der Hauptredner fest. Und seine Antwort auf diese Vorwürfe? „Die lehrmäßige Ausprägung der religiösen Erfahrung bleibt im Protestantismus etwas Abgeleitetes. Die oft leidenschaftlichen Auseinandersetzungen darüber sind nicht als Zersetzungserscheinungen, sondern als Beweis für das Vorhandensein religiösen Lebens zu beurteilen.“

Eine merkwürdige Leidenschaft, die sich ausgerechnet an dem entzündet, was für das religiöse Leben etwas nur „Abgeleitetes“ und insofern minder Wichtiges ist, und die doch ein Zeichen religiösen Lebens sein soll! Der „Beweis für das Vorhandensein religiösen Lebens“ ist bei Licht besehen der Beweis,

daß die Christen des protestantischen Lagers unfähig sind, sich über die Dinge zu einigen, denen ihre Leidenschaft gehört.

Und das ist kein Wunder: Die Bindung an eine sie alle vereinende Autorität haben sie abgelehnt und zu einem gemeinsamen wissenschaftlichen Erforschen der Wahrheit, dem einzigen Weg, der die Freiheit der Urteilsbildung mit der Objektivität und Eindeutigkeit des Ergebnisses vereinigt, sind sie nicht vorgestoßen.

Daher die Zerrissenheit in unzähligen Schulen, Richtungen und Kirchen, deren jede dogmatisch aufgebaut ist und insofern doch, aller Ablehnung des Papstes zum Trotz, auf dem Willkürspruch einer Autorität ruht.

Wir stehen als Freidenker im Kampf mit jeder Macht, die darauf ausgeht, die Selbsttätigkeit der menschlichen Vernunft durch die blinde Unterwerfung unter eine Autorität zu brechen. Diesen Angriff auf die Freiheit und Würde des Menschen unternehmen die Funktionäre der protestantischen Kirche so gut wie ihre katholischen Kollegen.

Freies Denken wird in der menschlichen Gesellschaft erst dann zur Herrschaft gelangen, wenn die Kirchen beider Schattierungen vom Erdboden verschwunden sind.

Aber es ist gut, im Kampf gegen die Kirchen die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze und damit die besondere Gefahr, die von jeder droht, im Auge zu behalten: Die organisatorische Geschlossenheit der katholischen Kirche, durch die sie im Gegensatz zu der Zerrissenheit im protestantischen Lager zu einem politischen Machtfaktor wird — und

den Schein von innerer Freiheit, den die protestantischen Kirchen ihren Gläubigen gewähren und der nur dazu angetan ist, die auch hier vorliegende geistige Vergewaltigung zu verschleiern.

Panzerautos im Außenhandelskrieg.

Durch Beamte des Zollfahndungsdienstes wurde in Rote Erde ein schwerbeladener belgischer Schmuggelkraftwagen beschlagnahmt, der gegen 22 Uhr den Möresener Weg passiert hatte und dort heftig, aber erfolglos beschossen worden war. Auch eine Verfolgung mit dem Ueberfallkommandowagen der Polizei blieb ergebnislos. Als der Wagen in Rote Erde in die Einfahrt zu einem Schmuggellager einbog, wurde er von dort aufgestellten Polizeibeamten gestellt. Der Wagen war von allen Seiten schwer gepanzert. Der Führersitz war mit kugelsicherem Glas versehen. An der Rückseite war ein Scheinwerfer angebracht, der bei einer etwaigen Verfolgung in Tätigkeit gesetzt werden konnte, um die Verfolger zu blenden. Die beiden Insassen des Schmugglerwagens stammten aus Aachen. Die Ladung bestand aus 30 bis 35 Zentner Kaffee. In dem Schmuggellager konnte auch ein bekannter Aachener Großhändler festgenommen werden.

Frankreichs Herrschaft in Marokko.

Planmäßige Entwaffnung der Eingeborenen.

Obwohl Marokko in anderen Ländern allgemein als französische Kolonie anerkannt wird, sind die Marokkaner selber weit davon entfernt, die französischen Beamten als Befehlshaber ihres Landes zu betrachten, sie scheuen sich nicht, wie gegen andere Einbrecher in ihr Gebiet und in ihre Freiheit, auch gegen französische Beamten und Soldaten mit Waffen vorzugehen. Wie die Sowjet-Regierung einen Aufbauplan entworfen hat, so stellt die französische Armee in Marokko einen Unterwerfungsplan auf. Mit Befriedigung berichtet sie, daß der Plan für 1932 schon so weit erfüllt worden sei, daß 10 000 Marokkaner die Waffen abgegeben worden sind. Wieviele Marokkaner die französischen Soldaten und Offiziere ermordet oder vorschleppt haben, wird in diesem Zusammenhang nicht angegeben.

Theologische Taschenspielertricks.

Bg. In der Zeitschrift „Unsere Welt“ (August 1932) veröffentlicht ein Pfarrer Sperrl einen Aufsatz über „Gottesglauben und Naturwissenschaft“, in dem der alte Versuch wiederholt wird, die kirchlichen Lehren mit den Resultaten der Naturwissenschaft zu vereinbaren. Sperrl will eine „Auseinandersetzung mit der Naturwissenschaft, welche die Bahn zum Gottesglauben frei macht.“ Das geschieht nach der alten Methode des Angriffs gegen die Naturforschung, lehrt die strenge Gesetzmäßigkeit aller Naturvorgänge; das paßt dem Pfarrer nicht, er lehrt: „Die raum-zeitlichen Vorgänge (also die physikalischen, chemischen, astronomischen und biologischen Vorgänge, Bg.) sind soweit entfernt, streng gesetzlich zu verlaufen, daß es tatsächlich streng gesetzliche Vorgänge überhaupt nicht gibt.“

Und wie wird diese Ansicht begründet? „Jedes Gesetz gilt nur, sofern nicht andere Kräfte, als die gemeinten im Vorgang mit hineinspielen. Die Fallgesetze setzen z. B. einen luftleeren Raum voraus u. s. w.“ Gewiß, bei jedem Versuch und bei jedem Vorgang in der Natur kommt nie ein Gesetz allein zur Geltung. Wo z. B. ein Stein fällt, wird nicht nur die Geltung des Fallgesetzes erkennbar, sondern beispielsweise auch die Geltung der Gesetze über den Luftwiderstand u. s. w. Es ist also richtig, daß nie ein Gesetz rein in Erscheinung tritt, weil oben die Bedingungen immer etwas komplizierter sind. Daraus darf man aber nicht schließen, daß die Vorgänge nicht streng gesetzmäßig verlaufen. Das weiß im Grunde auch Sperrl selber, gibt er doch zu, daß dort, wo ein Gesetz nicht rein zur Geltung kommt, andere Kräfte, also andere Naturgesetze im Spiel sind. Ein gesetzmäßiger Vorgang ist eben nicht dasselbe wie ein einfacher Vorgang.

Wer glaubt, die Religion auf solche Weise retten zu müssen, beweist nur, daß für ihn die Religion nichts anderes ist, als ein von der Kirche aufgebautes System falscher und unbegründeter Behauptungen über die Natur. Dieses System sucht man gegenüber den Ergebnissen ernster Forscherarbeit entweder durch theologische Taschenspielertricks, also durch

geistige Vergewaltigung zu retten, oder, wie die nachstehende Notiz zeigt, durch körperliche Vergewaltigung.

Die praktische Anwendung.

L. W. E. gilt im Kinderheim als „doof“, da er sich über „absurde“ Dinge Gedanken macht. In jüngster Zeit hat ihn die Frage der Abstammung des Menschen beschäftigt. E. glaubt, die Lösung gefunden zu haben, und voller Freude über diesen Erfolg rennt er zur Leiterin und ruft: „Tante, Tante, ich stamme vom Affen ab!“ Die Tante ist entsetzt und fragt E.: „Von wem stammst Du ab?“ — „Vom Affen, Tante“, erwidert der Kleine. — Die fromme „Tante“, völlig außer sich, gibt dem Kinde einen Schlag und bemerkt dazu: „Vom lieben Gott stammst Du ab, daß Du es weißt!“

Geschehen in einem Thüringer Kinderheim im Jahre 1932.

Kinder, Pfaffen und der liebe Gott.

Erlauschte Gespräche.

Paul: Mein Vater hat gesagt, mit Pfaffen wollten wir nichts zu tun haben.
Peter: Pfaffen? Was sind denn Pfaffen?
Paul: Das weiß ich auch nicht genau.
Peter: Aach! Ich weiß. Meine Tante hat eine Pfaff: das sind Nähmaschinen!

Unsere Katze hat ein Junges gekriegt! Für die Kinder ein großes Ereignis. Der vierjährige Mischu und der sechsjährige Richard unterhalten sich darüber.

Richard: Wo die kleine Pussi wohl hergekommen ist?
Mischu: Nun, von der Mutter Pussi natürlich.
Richard: Aber wo ist die Mutter Pussi hergekommen?
Mischu: Na, von der ihrer Mutter!
Richard: Ja, aber die Mutter von der Mutter?
Mischu: Na, natürlich von der ihrer Mutter.
Richard: Ja, aber wo ist denn die allererste Mutter Katze hergekommen?

Not schafft Rekruten.

Der „Daily Worker“, das Organ der englischen KP, veröffentlicht Zahlen über den Zuwachs der Zahl derjenigen, die sich zum Dienst in der britischen Armee anbieten und über den gleichzeitigen Zuwachs der Zahl derer, die wegen körperlicher Schwäche nicht genommen werden. Die Zahlen legen ein beredtes Zeugnis ab von der Not, in die die Arbeiter durch Arbeitslosigkeit, Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Löhne gebracht worden sind, von dieser Not, die sie dazu treibt, es mit dem Beruf zu versuchen, die sie gleichzeitig zum Schlachter und zum Schlachtvieh macht, — in dem die meisten von ihnen aber gar nicht mehr verwandt werden können, weil das Elend ihre Körperkräfte schon zu sehr verbraucht hat.

Zahl der Angebote:

1913	46 133
1930	66 717
1931	82 682

Zahl der Zurückweisung wegen körperlicher Untauglichkeit:

1913	12 277 (27 Prozent)
1930	35 425 (53 Prozent)
1931	42 029 (57 Prozent)

Die Zahl der angenommenen Rekruten betrug also am Vorabend des Weltkrieges 33 856. Im Jahre 1931, am Vorabend der Abrüstungskonferenz, betrug sie 40 653!

Kundgebung gegen den Krieg.

Während der Luftmanöver in Marseille fand an der Arbeitsbörse eine erfreulich kräftige antimilitaristische Kundgebung statt, an der sich etwa 500 bis 400 Arbeiter beteiligten. Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor und verhaftete einige von ihnen.

Eintags-Diktatoren in Chile.

Die Generäle, die die Regierung Davila am Dienstag gestürzt und eine vorläufige Regierung gebildet haben, sind ihrerseits bereits wieder gestürzt worden. Der provisorische Ministerpräsident Merino ist geflüchtet und der Staatspräsident Blanco zurückgetreten. Man befürchtet, daß Davila versuchen wird, wieder an die Regierung zu kommen. Einige Armeeführer haben eine Junta gebildet, um Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern.

Die dänischen Landstingwahlen, an denen nur diejenigen teilnehmen dürfen, die das 35. Lebensjahr überschritten haben und keine Armenunterstützung beziehen, haben keine große Veränderung der Fraktionsstärke der einzelnen Parteien gebracht. Lediglich die Konservativen haben einen Sitz gewonnen. Die Ankündigung des „Vorwärts“, die wir vor Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse meldeten, und in der es hieß, die Wahlen hätten einen Fortschritt der Linken gebracht, war also nicht richtig. Allerdings wird die Stellung der dänischen Sozialdemokraten als Regierungspartei durch das Wahlergebnis wohl nicht erschüttert werden.

Eine Reihe von Attentaten auf Eisenbahnbeamte wurde in den vergangenen Tagen in Litauen verübt. Nachdem in der vorigen Woche ein Bombenanschlag auf den Zugführer der Linie Memel—Wirballen ausgeführt worden ist, haben jetzt drei höhere Eisenbahnbeamte mit der Post Pakete erhalten, in denen Höllenmaschinen waren. Eine dieser Maschinen explodierte beim Auspacken, wobei der Empfänger getötet wurde. Die beiden anderen Maschinen konnten der Polizei übergeben werden. Die Pakete sind alle bei demselben Postamt aufgegeben worden und die Höllenmaschinen sind in sehr sachgemäßer Weise hergestellt.

Ein furchtbares Eisenbahnunglück ereignete sich am Mittwoch nachmittag bei Tlemcen in Algerien. Ein Zug, in dem über 1000 Fremdenlegionäre fuhren, stürzte aus bisher unbekannter Ursache einen 100 Meter hohen Abhang hinab und zerschmetterte vollständig. Man rechnet damit, daß die Zahl der Todesopfer 100 übersteigt.

Mischu: ? ?

Richard: Die hat wohl der liebe Gott gemacht.

Mischu: Es gibt ja keinen lieben Gott.

Richard: Ach ja, wie schade!

Nach einer Weile: Aber es müßte doch einen lieben Gott geben; denn wo sollte sonst die allererste Katzenmutter hergekommen sein?
E. G.

Tierrecht und Tierschutz.

Gegen den Zirkus Sarrasani sind in der jüngsten Zeit verschiedentlich Vorwürfe wegen Tierquälerei erhoben worden. Der „Alte Tierschutzverein“ in Dresden teilt jetzt dazu mit, daß sich nach seinen Feststellungen diese Anschuldigungen als völlig haltlos erwiesen haben. Der Zirkus habe durch sein Beispiel in der Dressur und der Pflege der Tiere in breiten Volkskreisen aller Länder die Liebe zur Tierwelt geweckt und gefördert. Es sei daher wünschenswert, daß dieses Unternehmen erhalten bleibe.

Die „Liebe zur Tierwelt“, auf die dieser Tierschutzverein rechnet, soll durch die Befriedigung menschlicher Schaulust und Neugierde geweckt werden, um derentwillen die Tiere genötigt werden, Kunststücke vorzuführen, die ihren Anlagen und Interessen nicht entspringen. Das Recht der Tiere fordert vom Menschen die Berücksichtigung ihrer Interessen — gleichgültig, ob der Umgang mit dem Tier für den Menschen unterhaltend ist oder nicht. Natürlich setzt eine solche Rücksichtnahme ein Vertrautsein mit den Tieren und ihren Interessen voraus, und darum ist jedes Unternehmen begriffenswert, das in der menschlichen Gesellschaft das Verständnis für Tiere, für ihre Interessen und damit auch für ihre Rechte weckt. Aber dafür sind die Unternehmungen, die vielfach gerade mit dem Hinweis auf diese Aufgabe verteidigt werden, der Zirkus und der Zoologische Garten, im allgemeinen sehr wenig geeignet: Sie zeigen das Tier als Gefangenen des Menschen und als ein zum menschlichen Vergnügen abgerichtetes Wesen, sie zeigen es unter Bedingungen, die den natürlichen Anlagen des Tieres nicht entsprechen, und dienen daher nicht dazu, im Menschen die Achtung zu wecken, die dem Tier zukommt als einem Wesen, das Rechte hat und dessen Interessen zu berücksichtigen wir verpflichtet sind.

Demokratisierung oder Eroberung des Rundfunks?

Antwort an die Genossen vom Arbeiter-Radio-Bund. — Von Willi Eichler.

Unter der Ueberschrift: „Vogel - Strauß - Politik“ bringt der „Volksfreund“ (Nr. 36), das Blatt des Arbeiter-Radio-Bundes, die folgende Antwort auf unseren Vorschlag, den Rundfunk bei der jetzt herrschenden Reaktion vorläufig „abzuschalten“, d. h. ihn abzubestellen:

„Der „Funke“, das Blatt der ISK, fordert die Arbeiterhörer zum Boykott des Rundfunks auf, um dadurch gegen den Rundfunkkurs der Barone zu protestieren. Das ist natürlich eine völlig unsinnige Parole, die sich nur gegen die Interessen der Arbeiterschaft selber auswirken würde. Mit der ewigen Abstinenz und Aengstlichkeit vor neuen Dingen haben wir es ja dahin gebracht, daß der deutsche Rundfunk, dessen praktische Pioniere in vielen Fällen Sozialisten waren, heute völlig in Händen der Gegner ist. Wir müssen den uns gebührenden Anteil zurückerobern, indem wir durch Verbreitung des „Volksfunk“, durch Beitritt zum ARB und vor allem durch die Wahl unserer Gesinnungsfreunde bei den kommenden Reichstagswahlen den Einfluß der Eisernen Front stärken.“

Nun wissen wir also, wie die Reaktion den Rundfunk und also überhaupt die Macht in die Finger bekommen hat: Die ewige Abstinenz und Aengstlichkeit vor neuen Dingen hat Schuld gehabt! Wir sind der Meinung, daß die SPD, als die Hauptträgerin der vom „Volksfunk“ so warm empfohlenen Eisernen Front, vor neuen Dingen eigentlich nie ängstlich gewesen ist. Ihre Politik ist seit 1914 so neu, so allem alten und auch erprobten Geist zuwider, daß sie sich ruhig wieder einmal an die alten „Dinge“, besser: Grundsätze erinnern könnte. Gewiß kann man nicht alles durch bloßen Boykott erledigen; aber den Rundfunk kann man durch eine organisierte Abbestellung seitens der Arbeiterhörer wirtschaftlich erheblich treffen — und das ist die Achillesferse der Reaktion. Dazu aber, und vor allem kommt, daß die Arbeiterschaft den Rundfunk in seiner heutigen Gestalt absolut zu nichts braucht, daß sie auf seine Beherrscher nicht angewiesen ist, wie z. B. auf die Arbeitgeber, die sie nicht durch Boykott ärgern kann.

Wie sehr der Rundfunk jeder auch nur einigermaßen parteipolitisch neutralen Haltung widerspricht, zeigt das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, nahezu jeden Tag. Erst eben berichtet er über eine Glanzleistung des Schulfunks der Deutschen Welle: „Deutsche Märsche“. Nachdem er berichtet hat, daß zu Gunsten von Papens Rede, die bereits das zweite Mal ihren Grammophonplattengang abgeleiert hat, eine Hälfte der „Cavalleria rusticana“ gestrichen worden war, schreibt er über die erwähnte Märschsendung:

„Der Schulfunk ist bekanntlich eine Einrichtung, die besonders den Lehrplan entlegener ländlicher Schulen bereichern soll.

„Deutsche Geschichte, dargestellt in 9 Militärmärschen, ist das nicht ein Thema, über das man nachdenken kann? hieß es in den verbindenden Worten. Die Sendung tat es auf ihre Weise. Den Pariser Einzugsmarsch erklärte sie als „ein helles Bild deutscher Vergangenheit“, ein Parademarsch klang dem Redner stark wie Orgel“. Ist es ein Wunder, daß viele Lehrer in der Provinz uns voller Empörung über diese Sendung schrieben?

Nein, das ist gewiß kein Wunder! Aber ein Wunder ist, daß die „vielen Lehrer in der Provinz“ an den „Vorwärts“ schreiben, der das Programm nicht angesetzt

hatte, statt den reaktionären Freunden der Märsche mal gehörig den Marsch zu blasen. Die sind aber gegen bloße Proteste nicht sehr empfindlich. Auch hier hilft nur: Abbestellen!

Wie wenig Sinn es hat, bei der Leitung des Rundfunks auf Geschmack und Entgegenkommen zu rechnen, beweist

die Wahl des Herrn Bronnen

zum Nachfolger des bisherigen Leiters der Aktuellen Abteilung, Dr. Kürschner. Dieser wurde entlassen, weil er Ausländer sein soll. Er ist in Budapest geboren, seit seinem 13. Lebensjahr in Deutschland, und seit dem vorigen Jahr preußischer Staatsangehöriger; Herr Bronnen ist geborener Wiener und auch erst nach dem Kriege naturalisiert worden. Aber: Bronnen ist auch deutschstämmig! Dieser Antisemitismus ist von dem Reichsrundfunkkommissar Dr. Scholz vertreten worden in einer Besprechung mit der Presse.

Ueber Bronnen weiß der „Vorwärts“ zu berichten: „Besonders interessant ist, daß Herr Scholz über seinen Schützling Bronnen wörtlich erklärte, dieser sei „mütterlicherseits deutschstämmig und auch väterlicherseits! Diese Redewendung des Herrn Scholz zwingt uns, auf den Fall Bronnen nochmals einzugehen. Denn in dieser auffallenden Formulierung hat sie ihre besondere Bedeutung:

Herr Bronnen hieß früher Bronner. Sein Vater ist Gymnasiallehrer in Wien und, um mit Herrn Scholz zu reden, nicht „deutschstämmig“. Als dies seinerzeit wegen des Bekenntnisses Bronners — alias Bronnen — zur NSDAP öffentlich festgestellt wurde, besaß dieser Mann den Geschmack, seinen offiziellen Vater zu verleugnen und seine „Reinrassigkeit“ auf Kosten der Frauenehre seiner verstorbenen Mutter „beweisen“ zu wollen.

Als Herr Arnold Bronnen noch Buchhändlergehilfe bei Wertheim und mit Berliner Zeitungen und Verlegern literarische Beziehungen anzuknüpfen bestrebt war, dachte er keineswegs daran, seine Abstammung zu bestreiten. Ganz im Gegenteil. Er führte sich stets ein mit der Redewendung: „Sie kennen doch meinen Vater, Ferdinand Bronner, der unter dem Pseudonym Franz Adamus verschiedene, auch in Deutschland mit großem Erfolg gespielte Stücke verfaßt hat! Damals war ihm sein Vater offenbar gut genug, um als literarisches Sprungbrett benutzt zu werden. Aber im Zeichen des Hakenkreuzes will er nichts mehr von ihm wissen und versichert, daß sein wirklicher Vater ein echt arischer Holzfüßler gewesen sei.“

Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Skandalgeschichte müssen wir dem „Vorwärts“ überlassen. Wir haben sie auch nur mitgeteilt, weil gerade der „Vorwärts“ sie bringt, der also für die Genossen vom „Volksfunk“ doch wohl autoritativ genug ist. Wenn aber solche Leute, wie Scholz und Bronnen, und wie sie alle heißen, den Rundfunk kommandieren — was sollen sich Arbeiter damit befassen!

Wir sind die Letzten, die dem Rundfunk eine kulturelle Aufgabe absprechen wollen; aber die kann er erst erfüllen, wenn das Proletariat seinen Kulturwillen in die Machtmittel des Staates einschaltet. Es geht jetzt darum, der Arbeiterschaft diese Macht zu verschaffen; durch einen abgetrennten Froschmäusekrieg um den Rundfunk wird die große Aufgabe der Arbeiterschaft nur verschoben. Wir sind nicht gegen das Neue, im Gegenteil: wir sind für etwas völlig Neues, für etwas in Deutschland noch

nie Dagewesenes: Für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft gegen die Gesamtreaktion, und zwar auf der ganzen Linie und nicht nur um Reichstagsitze, sondern um die politische Macht: Für ein sozialistisches Deutschland!

Arbeiter auf lange Sicht.

Sorgen der Bayern und ihres Kronprinzen.

H. Lt. Die Notverordnungs-Eingriffe des Preußen Papen in die Polizei-Hoheit der Länder haben der monarchistischen Bewegung Bayerns neuen Auftrieb gegeben. Noch häufiger als sonst liest man in katholischen bayrischen Blättern Berichte über ein öffentliches Hervortreten des „Kronprinzen“ Ruprecht von Wittelsbach. Einmal besucht er eine Gemäldegalerie, dann erscheint er in einer Erwerblosenküche. Im Elendsgebiet des bayerischen Waldes nimmt er Kriegervereinen die Parade ab, und auf Bauerntagen richtet er leutselige Worte an „sein“ Volk. So jüngst wieder in Aichach, einem Städtchen, das den Vorzug hat, in der Nähe des ehemaligen Stammschlosses der Wittelsbacher zu liegen. 752 Jahre sind es her, daß die Wittelsbacher mit dem bayerischen Herzogtum belehnt worden sind. Für den oberbayerischen christlichen Bauernverein Anlaß genug, in Aichach einen weiß-blauen Bayerntag zu veranstalten. „Wer auf eine solche Tagung geht, tut es nicht, um ein Bekenntnis für den ewigen Bestand der republikanischen Staatsform abzulegen“, bemerkt sehr richtig der „Bayerische Kurier“. Wer war da? An die 8000 Bauern, zwei bedeutende Führer der „Bayerischen Volkspartei“ (Schlittenbauer und Heim), Bischof Kumpfmüller von Augsburg und „Se. Kgl. Hoheit“, Ministerpräsident Held war vorsichtig genug, nicht zu erscheinen; aber er hat Grüße und Festwünsche telegraphiert.

Zweimal nahm „Se. Kgl. Hoheit“ das Wort. Kurz, einfach und zurückhaltend, wie es seit 1918 seine Art ist. Kleine geschichtliche Erinnerungen an die fürstlichen Ahnen und dann mit Nachdruck: Wahrt die Freiheit Bayerns! Eine verwaltungstechnische Begründung: „Von einer Stelle aus läßt sich nicht alles überblicken.“ Richtig, aber wie steht es dann mit der Verwaltung der bayerischen Rheinpfalz von München aus? — Der Bauern-Doktor Heim, viel deutlicher als Ruprecht: Möge es so kommen, daß wir wieder rufen können: „Hoch unser König!“ Großer Beifall. So stürmisch äußert sich die offizielle Leitung der „Bayerischen Volkspartei“ und damit des bayerischen Staates noch nicht. Ihre Korrespondenz schreibt, die „realen Aussichten und Möglichkeiten einer neuen Monarchie“ klug abwägend: „Die Monarchie ist ein Problem. Das muß auch der begeisterte und gläubigste Monarchist anerkennen. Der bayerische Staat aber ist kein Problem und darf es nicht sein. ... Die Parole der Stunde heißt auch für die bayerische Politik weder Monarchie noch Republik, sondern: Bayern, das leben muß.“ Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ feiert Ruprecht als den Mann, der „sich als Bayer vor die deutsche Öffentlichkeit stellt und für Bayern eintritt“. Eine ruhige und überlegte Taktik, sowohl auf Seiten des „Kronprinzen“ als der „Bayerischen Volkspartei“. Sie handeln beide nach dem Muster des Bauern, von dem Ruprecht in Aichach sagte: „Er muß in seiner Wirtschaft auf lange Sicht arbeiten. Von manchen Gefahren bedroht, reift langsam seine Ernte.“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 19. September, 20 Uhr, in den Casino-Festsälen, Pappelallee 13. Thema: „Arbeiterregierung statt Regierung der Barone.“ Redner: Maria Hodann.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

82)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Die Soldaten wählen Räte. Die vorgeschlagenen Vertreter werden ohne Diskussion angenommen. Mit Obleuten aus den Schwarzkopf-Betrieben bilden sie den gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenrat des Stadtviertels.

Neue Marschparolen schwirren durch die Luft:

„Jetzt weiter, nach Moabit!“

„Nach dem Zellengefängnis!“

„Die Gefangenen rausholen!“

Ein Hornsignal ertönt: „Ich bitte die Herren Offiziere!“

Das von Laukant veranlaßte Signal wird automatisch befolgt. Die Offiziere versammeln sich an der gewohnten Stelle, im Konferenzzimmer des Kasinogebäudes. Wie Laukant eintritt, sind die Offiziere schon von einer Menge Arbeitern umringt, mit denen sie um das Ablegen ihrer Waffen disputieren.

„... haben wir so lange in Ehren getragen!“

„Mit dem Degen habe ich seiner Majestät gedient!“

„Nur der Kaiser kann uns von unserem Eid entbinden!“

„Ach, das gibt's doch alles nicht mehr. Wir brauchen kein Militär mehr. Am besten gehen Sie alle nach Hause und suchen sich eine andere Beschäftigung!“

Laukant drängt sich vor und fragt:

„Wo ist der Marineoffizier?“

Zuerst antwortet niemand, dann entgegnet der Hauptmann:

„Der Herr Kapitänleutnant ist nicht mehr in der Kaserne!“

„Wo ist er geblieben, das muß festgestellt werden!“

Ein Soldat beantwortet die Frage:

„Der ist hinten über die Mauer weg!“

„Sie legen die Waffen ab und bleiben nebenan im Zimmer, bis ich Instruktionen aus dem Reichstag geholt habe“, sagt Laukant in einem Ton, der keinen Widerspruch duldet. Es bleibt den Offizieren nichts anderes übrig. Sie überlassen ihre Waffen den Arbeitern und ziehen sich in das Nebenzimmer zurück.

Vor die Tür stellt der A- und S.-Rat Posten.

Auf dem Kasernenhof formiert sich der Demonstrationzug aufs neue.

Der aus fünf Arbeitern und fünf Soldaten zusammengesetzte A- und S.-Rat übernimmt die weitere Führung. Die beiden Flügel des Kasernenhofes werden geöffnet. Unter den Klängen der Regimentskapelle marschiert die Demonstration vom Hof herunter, die mit Maschinengewehren bestückten Lastautos an der Spitze: Richtung Lehrter Bahnhof und Zellengefängnis Moabit.

Laukant fährt in den Reichstag, um vom Vorstand der USP Instruktionen einzuholen.

Zur selben Stunde steht der Sozialdemokrat Otto Wels auf dem Hof der Alexanderkaserne. Eine Abordnung der Naumburger Jäger war morgens ins Vorwärtsgebäude gekommen, um einen Führer der Sozialdemokratischen Partei zu holen, der das Bataillon über die politische Lage aufklären sollte.

Wels ging mit den Jägern.

Er steht auf dem Kasernenhof, oben auf einem Krümpferwagen.

Ueber die Friedensbemühungen der Regierung hat er gesprochen, über die Forderungen des Präsidenten Wilson, über den notwendig gewordenen Thronverzicht Wilhelms II. Der Kaiser müsse abdanken; nur so werde der Weg zum Frieden frei. Das Zögern des Kaisers koste täglich tausenden von tapferen Soldaten das Leben...

Wels denkt an Ebert, der sich noch gestern der Bewegung entgegenstemmte, der noch in der Nacht Scheidemann veranlaßte, die sozialdemokratischen Arbeiter aus den Betrieben zum Warten zu ermahnen, und der noch heute gröbste Zurückhaltung verlangt hat. Es geht ihm durch den Kopf, daß er vielleicht eine gefährliche Politik betreibt; ganz allein steht er hier, auf dem erhöhten Standort eine nicht zu verfehlende Schießschiene.

Wels blickt die Reihen der in tadelloser militärischer Ordnung angetretenen Soldaten entlang, er sieht die Offiziere abwartend neben der Front stehen und er würde sich nicht wundern, eine schneidende Kommandostimme zu hören: „Schluß jetzt damit! Feldwebel, führen Sie den Mann ab...“

Aber er kann nicht mehr abstoppen.

Die Situation fordert eine klare Sprache.

Und Wels war einmal Tapezierergeselle, einmal war auch er Rekrut in einer preußischen Kaserne. Er kennt den Geruch in den Gängen und Stuben, kennt den Kasernenhof beim Exerzieren. Er weiß um die ungezählten Demütigungen und Schimpfworte, die hier erduldet wurden.

Generationslagen lagen hier im Dreck. Die Jahrgänge, die durch das Kasernentor einzogen, wurden gedrillt, bis der letzte Rest Selbstbewußtsein in ihnen niedergetrampelt war und sie als gehorsame Soldaten zur Reserve entlassen werden konnten. Auf den Karrees der Kasernenhöfe wurde der willenlose Untertan geschaffen, das Kanonenfutter für den Weltkrieg.

Der Tapezierer Wels hat unter dem System gelitten, der Agitator Wels hat gegen das System gewettert, der Abgeordnete Wels hat das System gestützt. 1914 ist die Sozialdemokratie in die allgemeine Kriegsfront eingeschwenkt wie ein preußisches Regiment. Da hat es manches gegeben, worüber Wels den Kopf geschüttelt hat und dessen Notwendigkeit ihm akademisch gebildete Genossen erst klar machen mußten. Aktive Politik verpflichtet eben, und mit dem Hineinwachsen in die Staatsinteressen muß man manches alte Ideal preisgeben.

Das hat Wels eingesehen.

Aber diese eine Stunde wenigstens gehört ihm.

Er spricht wie früher, da er noch glaubte, daß nicht eine Handvoll Politiker, sondern das revolutionäre Volk Entscheidungen zu treffen habe. Er spricht über den Aufstand der Matrosen, über die Arbeiter in Hamburg, Hannover, München, die sich der Bewegung bereits angeschlossen haben... und keiner der Soldaten bezweifelt, daß diese Bewegung und die Sozialdemokratie ein und dasselbe sind.

In schnellen Sätzen drängt Wels zur Entscheidung:

„... so kann es unter keinen Umständen weitergehen. Die Bewegung ist nicht aufzuhalten. Es ist Pflicht, den Bürgerkrieg unter allen Umständen zu verhindern. Ich frage nicht, welcher Partei ihr angehört. Wenn ihr wollt, daß das Volk in Zukunft sein Schicksal selbst bestimmen soll, dann stellt euch der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung. Bekräftigt das durch den Ruf: Es lebe der Friede!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Arbeiter wehren sich.

In der Buchdruckerei H. S. Hermann, Berlin, die zirka 650 Personen beschäftigt und in der der „Berliner Börsen-Courier“ hergestellt wird, ist die gesamte Belegschaft geschlossen in den Streik getreten, weil die überhöhten Löhne um 50 Prozent gesenkt werden sollten. Der Streikbeschluss wurde in einer Betriebsversammlung gefasst. Die Belegschaft ließ sich durch keine Versprechungen beirren. Der „Börsen-Courier“ mußte sein Erscheinen einstellen.

In Zella-Mehlis traten gegen die Kürzung des Wochenlohnes von 12 Mark auf 10,80 die im Arbeitsdienst beschäftigten in den Streik. Sie erzwangen die schriftliche Erklärung des Bürgermeisters, die Kürzung der Sätze mit Hilfe städtischer Mittel wieder auszugleichen.

Im Bezirk Koblenz kam es infolge des Abbaues der Unterstützungssätze an zahlreichen Orten zu erregten Protestaktionen und -kundgebungen der Erwerbslosen. In einigen Orten sind die im Arbeitsdienst Beschäftigten für die Forderungen der Erwerbslosen in den Solidaritätsstreik getreten.

In Ickershausen (Thüringen) ist die hauptsächlich aus Frauen bestehende Belegschaft der Nadelfabrik Wolf Knuppenberg & Co. in einen Streik getreten, der erfolgreich mit einer Erhöhung der Akkordlöhne abgeschlossen wurde.

Die Schiffe können wieder fahren.

In der holländischen Handelsschiffahrt haben die streikenden Seeleute am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen. Bei den Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde folgendes Übereinkommen erzielt: Der Tarifvertrag wird bis zum 31. März 1933 verlängert, außer für zwei Gesellschaften, bei denen er am 31. Dezember 1932 und 31. Januar 1933 abläuft. Für die Frachtschiffahrt wird der Tarifvertrag bis zum 15. Oktober 1932 verlängert. Bis dahin sollen noch Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden. Maßregelungen wegen des Streiks dürfen nicht vorgenommen werden. Die unmittelbare Lohn-

senkung ist also abgewehrt, wenn auch in der Frachtschiffahrt nur für sehr kurze Zeit.

Dieser Einigung wurde am Mittwoch erzielt, am gleichen Tage fanden in den Hafenstädten Streikversammlungen statt, auf denen für Annahme dieser Bedingungen gestimmt wurde.

Proteststreik gegen Arbeitermord in Spanien.

In der nordspanischen Stadt Bilbao sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil ein Polizist einen Arbeiter erschossen hat. Der Straßenbahnverkehr in Bilbao und Umgebung ruht vollkommen. Auch in Sevilla und anderen Industriestädten soll der Streik in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Syndikalistinnen verbinden die Protestaktion gegen den Mord an dem Arbeiter mit dem Kampf gegen das neue Ver-

eingesetzt, das die Möglichkeit der Gewerkschaftsarbeit stark einschränkt.

Internationaler Bergarbeiterkongress in London.

Unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des deutschen Bergbauindustriearbeiter-Verbandes, Husemann, wurde in London der Kongress der Internationalen Bergarbeiter-Föderation eröffnet. Husemann sieht eine Aufgabe der Internationalen Bergarbeiter-Föderation darin, für eine Vertretung der Föderation auf der Weltwirtschaftskonferenz zu sorgen. Die Kohlenfrage dürfe auf keiner amtlichen Konferenz erörtert werden, ohne daß Vertreter der Bergarbeiter anwesend seien.

Angesichts der Erfolglosigkeit sämtlicher internationalen Kohlenverhandlungen, auf denen stets auch die Arbeiter „vertreten“ waren, drängt sich die Frage auf, ob es nicht eher die Aufgabe des internationalen Bergarbeiter-Verbandes wäre, die Kapitalisten auf ihrer Wirtschaftskonferenz unter sich zu lassen und stattdessen dafür zu sorgen, daß Bewegungen wie der belgische Bergarbeiterstreik auf die Unterstützung der Bergarbeiterverbände aller Länder rechnen können.

Plünderung der Gewerkschaftskassen in Schweden.

Auch die schwedische SP läßt sich ihren Wahlkampf durch Nichtsozialdemokraten finanzieren.

(IGB) In seiner am 5. und 6. September in Stockholm abgehaltenen Tagung beschloß der Bundesausschuß des Schwedischen

Gewerkschaftsbundes, an den Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei eine Summe von 250 000 Kronen zu überweisen,

um auf diese Weise bei den kommenden Wahlen die Partei so zu stärken, daß die von den Gewerkschaften bereits seit langem geforderte staatliche Arbeitslosenversicherung endlich durchgeführt und die Annahme neuer

Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften verhindert werden kann. In einem Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder werden diese aufgefordert, für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die von der staatlichen Arbeitslosigkeitskommission geführte Lohn- und Unterstützungspolitik protestiert und die Rückgängigmachung verschiedener von der Kommission getroffenen Maßnahmen gefordert wird. Es wurde eine Delegation ernannt, die in dieser Angelegenheit mit der Arbeitslosigkeitskommission verhandeln soll.

Reichspräsident Göring will gegen Reichskanzler von Papen Strafantrag stellen wegen des in dem Briefe Papens an Göring erhobenen Vorwurfs, Göring habe sich des Verfassungsverstoßes schuldig gemacht, als er dem Kanzler das Wort nicht erteilte.

Hindenburg hat Göring noch einmal mitteilen lassen, daß die vom Reichstag gefaßten Beschlüsse verfassungswidrig seien, und daß er — Hindenburg — nicht beabsichtige, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.

„Es ist doch ein Kabinett, das mit der ausdrücklichen Zustimmung der Nationalsozialisten — eingetauscht für die Reichstagsauflösung — gebildet wurde...“ Diese Erinnerung an die Adresse der ehemaligen Freunde von Harzburg hat Hugenberg am Dienstag in einem Aufruf der deutschen Nationalen Volkspartei ausgesprochen.

Der Felsenegg-Prozess wird vor dem Schwurgericht beim Landgericht III in Berlin — im ordentlichen, nicht im Sondergerichtsverfahren — von neuem verhandelt werden.

Die nationalsozialistische „Preußische Zeitung“ in Königsberg ist für eine Woche verboten worden, weil sie der Reichsregierung Verfassungsverstoß vorgeworfen hatte.

Verantwortl. Schriftf. W. Eickler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5009. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH Berlin SO 36, Elisabethufer 29/30.

Drei Stimmungsbilder aus dem DMV.

Berichterstattung vom Metallarbeiter-Verbandstag vor den Mitgliedern.

W. L. In Kassel fand eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, in der die drei zum Verbandstag delegierten Kollegen berichteten. Die Versammlung war sehr schlecht besucht. Von annähernd 7000 Mitgliedern waren etwa 120 anwesend. Dieser schlechte Besuch ist sicher zum Teil darauf zurückzuführen, daß diese Versammlung ziemlich unauffällig nur in der SPD-Zeitung angekündigt wurde, statt wie bisher auch auf Handzetteln. Wünsche die Ortsverwaltung nur treue „Volksblatt“-Leser (sprich SPD-Mitglieder) als Versammlungsteilnehmer?

Die Berichte schilderten insbesondere den äußeren Rahmen dieser Tagung, die bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck hinterlassen habe. Sie, die Delegierten, hätten mit staunender Bewunderung die schnelle Erledigung der schweren und vielgestaltigen Arbeiten miterlebt. Die Tagung habe den Ausführungen des österreichischen Vertreters Stein „gerührt“ stehend zugehört.

Die Berichterstatter berichteten weniger über die Fragen, die die Kampftätigkeit des DMV betreffen, sondern in erster Linie über Dinge, die im Rahmen einer ausgesprochenen Unterstützungsorganisation liegen. Brenzlische Fragen, wie Lohnabbau, Einheitsfront, Gehälterfrage, wurden kaum erörtert oder aber schnell „erledigt“. Man hatte den Eindruck, daß die Berichterstatter eine Diskussion gerade über diese Fragen, die die große Masse der Verbandskollegen am meisten interessierten, vermeiden wollten.

Die Aussprache ergab jedoch ein anderes Bild als die Berichterstatter wohl gewünscht und erwartet hatten. Alle Diskussionsredner, mit einer einzigen Ausnahme, nahmen eine scharfe, kritische Stellung zum Verlauf und den Ergebnissen des Verbandstages ein. Sie bemängelten insbesondere den fehlenden Kampfgeist im DMV, die unsolidarische Haltung der Verbandsangestellten in der Gehälter- und Diätenfrage, gemessen an der durch die Verbandsleitung geforderten Opferwilligkeit den erwerbslosen und invaliden Mitgliedern gegenüber. (Die Invaliden sollen nach Beschluß dieses Verbandstages von ihrer Verbands-Invalidenunterstützung wöchentlich bis zu 1 Mark Beitrag zahlen!)

Der Ortsverwaltungs-Bevollmächtigte Haupt, der auch delegiert war, sagte in seinem Schlusswort zu einem Diskussionsredner: Der Kollege habe dadurch, daß er die Gehälterfrage so eingehend erörterte, die Diskussion auf ein niedriges Niveau gebracht und wolle damit nur die niedrigsten Instinkte der Massen wecken, um sie aufzuputschen. Dabei hatte der fragliche Kollege sehr sachlich gesprochen. Ein anderer Delegierter behauptete: der „Funke“ habe sich die Gehälterfrage herausgesucht und sich darauf gestützt, um damit hausieren zu gehen.

Diese Urteile geben nur ein kleines Bild von dem „hohen geistigen Niveau“ dieser Berichterstatter.

Die Versammlung verlief äußerst lebhaft. Sie hat sicher manchem kritisch denkenden Kollegen Veranlassung gegeben, sich in Zukunft reger am Verbandsleben zu beteiligen, um die Gewerkschaften wieder auf dem Wege des Kampfes vorwärts zu bringen.

M. M. Berlin. Von den 7800 Mitgliedern des 16. und 17. Bezirks (in ganz Berlin sind 68 000 Mitglieder im DMV) waren in der Versammlung in den Pharusälen 200 erschienen. Auch sicher nicht zuletzt deshalb, weil — wie wir bereits mitteilten — die Versammlungen nicht, wie bisher im Mitteilungsblatt der „Metallarbeiter-Zeitung“, sondern nur im Annoncenteil des „Vorwärts“ angezeigt wurden.

Der Berichterstatter gab wohl ausführliche Stimmungsbilder vom Verbandstag, aber von den die Kollegen interessierenden Problemen des Kampfes gegen den Lohnabbau und der Einheitsfront sagte er nichts.

In der Diskussion wurde scharfe, aber sachliche Kritik geübt an dem Versagen der Gewerkschaften am 20. Juli und an der Nachgiebigkeit gegenüber dem Lohnabbau. Leider hatten es einige SP-Kollegen infolge der bisherigen KP-

Politik leicht, berechtigter Kritik auszuweichen, da sie den KP-Kollegen die Politik des roten Volksentscheides in Preußen vorwerfen konnten. Ueberhaupt wurde die Diskussion in ein völlig parteipolitisches Fahrwasser gedrängt, aus dem sie herauszuführen, ein Kollege sich vergeblich bemühte. Im ganzen nahm die Versammlung leider keinen anregenden und erfreulichen Verlauf.

Aus Göttingen war als Delegierter zum Verbandstag der Geschäftsführer des DMV Ortsgruppe Göttingen, Arnold, entsandt worden. Von den rund 800 Mitgliedern waren etwa 50 erschienen, die den Bericht sehr kühl entgegennahm. In der Diskussion war wenig die Rede vom Verbandstag, vielmehr interessierten sich die Kollegen für die Diäten der Delegierten. Es wurde die Meinung vertreten, daß 15 Mark pro Tag zu viel sei. Arnold erwiderte darauf, daß 15 Mark unbedingt benötigt würden, da sei nichts dran übrig. Darauf erhob sich eine Kollegin und sagte fast weinend: Mit 19 Mark wöchentlich muß ich meine Familie, 4 Personen, ernähren. Mein Mann ist arbeitslos. Nötig brauche ich ein Paar Schuhe und weiß nicht, woher ich das Geld nehmen soll.

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet,“

senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark. Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guertel-Str. 104.

Maßarbeit ersklassig und billig

Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen

ALFRED ARENSBERG
Berlin - Reinickendorf - Ost
Hinter der Dori-Aue 14

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Macoutuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN

DIE KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987

„Wer nimmt die Liebe ernst?“
Ab 16. Sept. Jaques Foyder:
Die neuen Herren
mit Albert Préjean.

Vorführung der Aetherwellen-Musik.
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Herrenbekleidung

Resonanzwahl in Anzügen, Herren u. Mänteln zu sehr billigen Preisen.
M. Salamonowitz
13 Bln.-Wedding 13
Fennstraße

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt eure Zeitung!

Werbeprosperkte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer P 1 Moritzplatz 5471

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Die Ereignisse der letzten Tage beweisen die Richtigkeit dieses von LEONARD NELSON bereits 1919 über die Demokratie gefällten Urteils. Wenige wagen es angesichts der Ereignisse der vergangenen Tage die Demokratie vorbehaltlos zu verteidigen. Doch was soll an ihre Stelle gesetzt werden? Wer sich mit der Demokratie auseinandersetzen will, der lese:

Demokratie und Führerschaft.

Von Leonard Nelson.

3. Aufl. 1932. 176 Seit. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

Aus dem Inhalt:

Demokratie und Führerschaft. Rele.
„Diktatur, Parlamentarismus oder Wirtschaftsdemokratie?“
Gesandter der Demokratie.
Soziale Demokratie?
Demokratie und Achtung der Mäse?
Die Weisheit der Demokratie als die Wissenschaft des Nicht-Wissens.
Herrschaft der Weisen und demokratische Kontrolle.
Demokratie und Führerschaft.

Die Narrenbühne.
Erziehung zur Demokratie.
Das Urteil der Staatsmänner.
Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. N. S. S.
Demokratie als Überwindung der Theokratie nach M. S. S. S.
Demokratie und Faschismus nach N. I. I. I.
Ein Kulturdokument.
Partei-Demokratie.
Das Ende der Demokratie.
Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.
Postcheckkonto Berlin 313 42.

Die Hinterbliebenen suchen neuen Zeitvertreib.

Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

Görling hat historische Studien angestellt, über deren Ergebnis er im Ausschuß „zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ am Mittwoch berichtete: er führte eine Reihe von Beispielen aus der Zeit Bismarcks und der späteren Kaiserzeit an, die beweisen sollten, daß auch damals die Mitglieder der Regierungen während der Durchführung von Abstimmungen zu materiellen Mitteilungen nicht das Wort erhielten.

Das Zentrum machte einen Vorstoß zu einer neuen Patentlösung, die sich auf den Boden der von Papen geschaffenen Tatsachen stellt. Es legte eine Entschließung vor, in der gesagt wird: 1. daß es in Ordnung war, daß Görling Herrn von Papen nicht das Wort erteilte; 2. daß aber während der Abstimmung die Auflösungsorder auf den Tisch des Reichstagspräsidenten niedergelegt worden sei, daß also während der Abstimmung die Auflösung des Reichstages erfolgt sei, daß infolgedessen „das Abstimmungsergebnis keine staatsrechtliche Wirkung“ habe; 3. daß aber „die allgemeine politische Bedeutung“ der Abstimmung davon nicht berührt werde.

Das Tempo dieses opportunistischen Rückmarsches war selbst dem braunen Partner zu stürmisch: Frank II protestierte gegen die Zentrumsentscheidung: seine Fraktion „halte daran fest“, daß die Regierung auf Grund des Abstimmungsergebnisses hätte zurücktreten müssen. Der Zentrumsantrag wurde dann zurückgezogen.

Dann kam die Bayerische Volkspartei auf eine neue Idee: man könnte einen Untersuchungsausschuß aufziehen! Durch viele Zeugenvernehmungen — vor allem von Vertretern der Reichsregierung! — könnten die denkwürdigen Vorgänge des 12. September in allen Einzelheiten geklärt werden! Nachdem unfafflicher Weise die Bayerische Volkspartei ihren Antrag auf Errichtung eines solchen Untersuchungsausschusses zurückgezogen hatte, griffen Torgler (!) und Frank II ihn wieder auf. So kam mit den Stimmen der Kommunisten und der Nazis ein Beschluß zur Errichtung eines Untersuchungsausschusses zustande. Als Zeugen sollen vernommen werden: Papen, Staatssekretär Planck, Gayl, Görling, die Schriftführer des Reichstagspräsidiums und andere.

Der Deutschnationale Oberfohren stellte die lebensnahe Frage,

ob die Mehrheitsparteien des Ausschusses auch entschlossen seien, Herrn von Papen vorführen und verhaften zu lassen, falls dieser sich weigere, zu erscheinen.

Löbe lenkte ein: darüber könne man reden, wenn eine solche Weigerung wirklich erfolge. Hermann Görling aber rief: „Ich glaube nicht, daß der Reichskanzler die Gesetze mißachten wird.“ (Wird!) Mit diesem denkwürdigen Appell schloß die Sitzung.

Herrn von Papen kommt es nicht darauf an, harmlose Menschen unnötig zu ärgern: er hat erklären lassen, daß Vertreter der Reichsregierung vor dem Ausschuß erst dann erscheinen würden, wenn „die noch vorhandenen Organe des Reichstages der 6. Wahlperiode“ — also auch dieser Ausschuß — die „staatsrechtliche Stellung“ der Reichsregierung zu den Vorgängen vom 12. September mit „völliger Klarheit“ anerkannt hätten. Wenn aber der Ausschuß anerkannt hat, daß die Reichstagsauflösung rechtswirksam und die Abstimmungen rechtsunwirksam sind, dann ist Herr von Papen als ein Haus aus höflicher Mensch durchaus bereit, mit einem Gefolge von Zeugen vor dem Ausschuß zu erscheinen, um diesem bei der genauen Aufhellung der Vorgänge behilflich zu sein.

Die tollen Blüten des parlamentarischen Kretinismus, die im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung geübt werden, verdunkeln nur die eine Tatsache des 12. September, die die Regierung so maßlos ärgert:

„Wolkenstürmer.“

Ein amerikanischer Film.

Die Staffeln der amerikanischen Bombenflugzeuge stürmen den Himmel, die Wolken. Ein amerikanischer Film zeigt uns die Manöver der Kriegsflugzeuge. Wir sehen anfangs einen Wettkampf zwischen zweien der besten Flieger des Geschwaders, die auf einander zielen — ihre Waffen bestehen aber nur aus Zielkameras, die im Lichtbild getreu jeden Treffer aufzeigen. Weiter zeigt uns der Film Bilder von Übungsschießen auf ein Haus, auf ein zu versenkendes Schiff. In diesem Film hinein sind einige wenige Züge einer Handlung verwoben: doch die Frauen, die Eifersuchtsanfalle und die Tränen spielen in diesem Film nur die untergeordnete Rolle einer ab und zu notwendigen Abwechslung. Wesentlich sind nur die Bilder der arbeitenden Flugzeuge und des gigantisch großen Flugzeugmuttergeschiffes. Daher ist eine Erzählung des Inhaltes des Filmes sinn- und zwecklos.

Aber um zweier Dinge wegen muß der Film hervorgehoben werden: um der unerhörten Schaustellung der Technik willen und um der ebenso unerhörten Schaustellung der militärischen Instinkte wegen.

Wenn wir diesen Film sehen, so bewundern wir die unerhörte Technik. Nicht so sehr die Technik der Photographie, als die Bravour einer auf die Spitze getriebenen Fliegerkunst. Es ist selbstverständlich, daß die Leute, die diesen Film gedreht haben, auch Meister ihres Faches sind. Aber es ist nicht so, daß hier das Filmische eine große Rolle spielt und seinen eigenen Gesetzen nach gestaltet ist, wie wir das zum Beispiel bei technischen Aufnahmen russischer Filme gesehen haben, wie bei „Turksib“ und „Enthusiasmus“. Das Filmische ist hier nur Vermittlung, wenn auch meisterhafte Vermittlung.

Der Film ist hier das Mittel zum Zweck. Und dieser Zweck ist ein anschaulicher Bericht von der Tätigkeit dieser Flieger. Wer es nicht gesehen hat, dem läßt sich schwerlich eine Vorstellung geben von diesen Sturzflügen zum Bomben-

die Festnagelung der Zahl 512 gegen 42. Daß diese Zahl festgenagelt worden ist, ist das Wesentliche,

der Streit über die geschäftsordnungsmäßigen Formalitäten dieser Festnagelung ist demgegenüber uninteressant.

Man muß leider feststellen, daß Löbe sich das Verdienst, der Regierung diese unangenehme Feststellung zu

Exerzierreglement für die Jugend.

Hindenburgs neueste Sorgen.

Die schon von Groener vorbereiteten Pläne, alle Sportorganisationen zusammenzufassen, die sich „zur Erziehung der Jugend“ — anders ausgedrückt: zu ihrer Erziehung im Geist des alten preussischen Militärs — benutzen lassen, werden jetzt verwirklicht. Hindenburg hat ein

„Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“

berufen, hat den Reichsinnenminister zum Vorsitzenden und den General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpnagel zum geschäftsführenden Präsidenten ernannt. Herr von Gayl soll die weitere Organisation der Sache in die Hand nehmen.

Zwei Urteile gegen rechts.

Vier Jahre Gefängnis für die Ermordung eines Reichsbannermannes.

Das Sondergericht in Bartenstein (Ostpreußen) vorurteilte am Dienstag den Stahlhelmann Kirstein wegen Körperverletzung mit Todeserfolg und wegen Waffenmißbrauchs zu vier Jahren Gefängnis.

Kirstein ist der Mörder des Königsberger Reichsbannermannes Link. Bei einem Reichsbannertreffen in Friedland im Oktober vorigen Jahres waren Reichsbannerroute von Nationalsozialisten überfallen und schwer mißhandelt worden. Bei dieser Gelegenheit kam Link ums Leben. Ein Nationalsozialist geriet in den Verdacht der Täterschaft. Um sich zu retten, gab er den Stahlhelmer Kirstein als Täter an. In der Verhandlung gestand dieser die Tat zu. Er wollte jedoch in Notwehr gehandelt haben. Es hat sich nun herausgestellt, daß sämtliche damals angeklagten Nationalsozialisten gewußt haben, wer der Mörder Links war. Der Stahlhelmann hatte sich seiner Tat sogar öffentlich gerühmt und das Mord-Messer seinem Arbeitgeber, einem Gutsbesitzer, mit den Worten übergeben:

„Herr Hauptmann, nehmen Sie man das Messer. Ich kann wohl einem Reichsbannermann den Gnadensstoß damit gegeben haben.“

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte am Mittwoch gegen vier Nazis, die am 12. Juli den 55-jährigen Reichs-

Einer der schärfsten Kommunistenverfolger.

Anscheinend hat der Berliner Polizeipräsident mit seinem 500 M-Aufruf an Denunzianten Erfolg gehabt: am Mittwoch teilte er mit, daß „es gelungen sei“, eine kommunistische Geheimdruckerei auszukleubern, die die illegale „Rote Sturmflamme“ herstellte. Sieben Kommunisten sind bei der Druckerarbeit überrascht und verhaftet worden. Der Inhalt des fraglichen Blattes trägt nach Ansicht Herrn Melchers hochverräterischen Charakter. Zur Begründung dieser Behauptung führt Herr Melcher nur an, daß das Blatt eine Aufforderung zum Massenstreik und Be-

abwurf, von der schnellen Versenkung eines Schiffes, von diesem zielsicher beherrschten Zusammenflug im Geschwader.

Leise, aber eindringlich meldet sich beim Hinschauen die Frage: ist das ein Propagandafilm, oder hat er damit nichts zu tun? Als wir vor Jahren die ersten russischen Revolutionsfilme sahen, da zeterten die Leute, denen es unbequem war, über bolschewistische Propaganda. Und das auch bei Filmen, deren Propaganda in der Schönheit des Gegenstandes lag, wie in dem schon erwähnten „Turksib“. Wie ist es mit der Photographie der „Wolkenstürmer“? Auch dieser Film macht nicht in dem Sinne Propaganda, daß er in Plakatüberschriften rät: „Tut dies und laßt jenes!“ Aber gerade durch diese Unaufdringlichkeit ist er eindringlicher und wirksamer! Er zeigt ehrlich und ohne jede Scheu die Aufrüstungsarbeit in den Staaten. Und gerade deshalb, weil alles in dieser ansehenden Selbstverständlichkeit vor sich geht, gerade deshalb ist er gefährlich.

Im Anfang sahen wir Wettkämpfe mit der Zielkamera, dann zeigt man Übungsschießen auf Holzhütten und alte Dampfer, die zunächst mehr taugen als zur Versenkung. Wie lange noch ein Zweikampf nur mit der Kamera? Wie lange noch nur leere Hütten und alte Dampfer? Achtet darauf, daß nicht schon morgen aus dem Film Wirklichkeit wird, daß die Kamera nicht mit dem Maschinengewehr vertauscht wird, und der sinkende Dampfer nicht voll blühender Leib ist!

H. Mr.

Von der Konservenbüchse zum Untergang Europas.

IGB. Der „Angriff“, das Berliner Organ der deutschen Nationalsozialisten, veröffentlicht Briefe eines Teilnehmers an einer „Führerschule“. Militärisches Strammstehen, militärisches Stehen und Gehen werden zu nahezu religiösen Begriffen, von Vorgesetzten angebrüllt zu werden, ist höchste-

bereiten, nicht erworben haben würde, wenn er an Stelle Görings das Präsidium geführt hätte. Wie der „Börsen-Courier“ erfährt, ist nämlich Löbe der „Ueberzeugung, daß der Präsident Göring, in diese Urkunde (das Auflösungsdekret) hätte Einsicht nehmen und sie mit der Erklärung hätte verlesen müssen, daß die Fortsetzung der Abstimmung zwecklos sei, weil das Parlament nicht mehr existiere...“

Den Vogel des parlamentarischen Kretinismus.

schießt der „Vorwärts“ ab, der, nachdem der eben gewählte Reichstag auseinandergejagt worden ist, schreibt:

„Die Entscheidung über die Regierung Papen... wird bei den Wahlen und dem Volksentscheid gefällt...“

Dieser General von Stülpnagel ist nicht mit dem gleichnamigen General und Mitarbeiter der „Berliner Börsenzeitung“ identisch.

Das neue Kuratorium soll besonders den „Geländesport“ kultivieren. Alle Organisationen mit Ausnahme der kommunistischen, im übrigen aber ohne Rücksicht auf Partei und Konfession, sollen zur Mitwirkung herangezogen werden.

Wir halten es für selbstverständlich, daß die SAJ und die Gewerkschaftsjugend schon aus Gründen der Solidarität mit den Kommunisten ihre Mitarbeit ablehnen — ganz abgesehen davon, daß Sozialisten in dieser Organisation zur Militarisation und nationalistischen Bearbeitung der Jugend sowieso nichts zu suchen haben.

bannermann Wölfel niedergeschlagen und schwer verletzt hatten.

Ueber den Hergang des Ueberfalls sagte Wölfel vor Gericht aus:

„Ich ging zur Arbeit und hatte noch ein paar Minuten Zeit. Da sah ich mir einen Aquariumladen an. Plötzlich trat jemand von hinten auf mich zu und griff mir nach meinem Freiheitsabzeichen, das ich auf dem Rockaufschlag trug. Er rief: Her mit dem Ding! Ich stieß ihn zurück. Plötzlich wurde ich von hinten gepackt, man drückte mich nieder, ich bekam einen mächtigen Schlag übers Auge, ich versuchte eine ungeladene Pistole (Wölfel hatte einen Waffenschein. Red.) zu ziehen, die ich in der Hintertasche der Hose hatte, das glückte mir noch, sie wurde mir aber sofort entrissen, dann schlug und trampelte man weiter auf mich ein, bis Hilfe kam.“

Urteil: Kring wurde wegen unbefugten Waffenbesitzes und gemeinschaftlicher Körperverletzung zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis; Lahn wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und versuchter Nötigung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis; Bestmann wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Das Gericht hatte sich den durch die anderen nicht-nationalsozialistischen Zeugen bestätigten Aussagen Wölfels angeschlossen.

schimpfungen der Regierung und anderer Staatsbeamten enthalte. Bisher war es nicht bekannt, daß diese beiden Tätigkeiten unter den Begriff des Hochverrats fallen. Gegen die sieben Kommunisten aber wird — wie der Polizeipräsident mitteilt — ein Hochverratsverfahren eingeleitet werden.

Die Auflösung des hessischen Landtags ist von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt worden — allerdings nur für den Fall, daß Reichstagsneuwahl stattfindet! Zusammen mit den Reichstagswahlen soll dann der hessische Landtag neugewählt werden.

Wonne! Ueber eine Geländeübung dieser zu ihrem Leidwesen noch unbewaffneten Krieger heißt es in einem Brief: „Irgendwo im Gelände geht eine Gruppe in Stellung. Der Sprengdonner des nahen Kalkwerkes täuscht Artilleriefeuer vor. Gerade gibt der Gruppenführer die letzten Befehle, als drüben am Waldrand der Gegner erscheint. Noch ist es stille im Gelände. Kaum verläßt der Gegner aber den schützenden Waldrand, da beginnen die Konservenbüchsen kriegsmäßig Maschinengewehrfeuer zu klappern und Händeklatschen ersetzt das Geschützfeuer. Sprungweise arbeitet sich der Gegner heran. Schon erkennt man in dem flimmernden Licht der Vormittagssonne die einzelnen erhitzten, rotglühenden Gesichter. Heftiger klappern die Konservenbüchsen. Ein plötzlicher Flankenangriff zwingt zur Aufgabe der ersten Verteidigungsstellung. Langsam klappernd ziehen sich die einzelnen Truppen zurück. Immer schärfer dringt der Gegner nach. Und dann ist er plötzlich heran. Mit lautem Hurra erfolgt der Einbruch. Nur in schnellster Flucht kann sich die verteidigende Gruppe vom Gegner lösen. Eine Konservenbüchse klappert noch dem anstürmenden Gegner Grüße entgegen, dann schweigt auch sie. Die siegreiche Verfolgung wird durch das Signal „Das Ganze hält — Sammeln“ abgebrochen.“

Von der Konservenbüchse zum Untergang Europas ist nur ein Schritt!

Er hört das Gras wachsen.

Professor Reich aus Göttingen führte auf einer Tagung der Gesellschaft für technische Physik Versuche an einem keimenden Gerstenkorn vor, das er zwischen leicht verschiebbare Kondensatorplatten eines elektrischen Schwingungskreises legte. Auf eine Verschiebung der Platte um ein Tausendstel Millimeter reagierte der Schwingungskreis mit der Änderung der Tonhöhe eines pfeifenden Tones. Reich zeigte, daß das Korn sehr schnell wuchs — der Pfeifton wurde höher und höher —, wenn er es mit ultraviolettem Licht (sogenannter Höhensonne) bestrahlte.

Die Krise verschärft die Krise.

Wie kann der verhängnisvolle Zirkel durchbrochen werden.

Die folgenden Ausführungen sind einer Rede entnommen, die in einer öffentlichen Versammlung des ISK in Magdeburg am 14. September gehalten wurde. Dem hier veröffentlichten Teil der Rede ist unmittelbar vorangegangen eine Schilderung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere der Lage der Arbeiterschaft in Deutschland und eine Wiedergabe des Hauptinhalts der Papen'schen-Notverordnung „zur Behebung der Wirtschaft“.

Wir befinden uns seit Jahren in einem furchtbaren Zirkel: Schrumpfende Massenkaukraft führt zu verringerten Absatzmöglichkeiten der Unternehmungen. Verringerung der Absatzmöglichkeiten führt zu Produktionseinschränkungen und damit zu Arbeiterentlassungen oder Kurzarbeit. Beides führt zur Schrumpfung der Massenkaukraft. Diese verringert abermals die Absatzmöglichkeiten und so fort.

Schrumpfende Massenkaukraft, Absatzverringern, Produktionseinschränkung, Arbeitseinschränkung, schrumpfende Massenkaukraft, — ehe wir besprechen, ob die Papen'sche Notverordnung diesen verhängnisvollen Zirkel durchbricht, will ich allgemein darlegen, wie dieser Zirkel durch Regierungsmaßnahmen durchbrochen werden kann.

Grundsätzlich können wir zwei Möglichkeiten unterscheiden:

1. Man kann die *Massenkaukraft steigern*. Dann wird die Produktion ausgedehnt. Dann werden Arbeiter neu eingestellt, und das steigert die Massenkaukraft noch mehr.

2. Man bietet einen *anderen Anreiz zur Vergrößerung der Produktion*. Dann stellen, wenn er groß genug ist, die Unternehmungen Arbeiter ein.

In beiden Fällen gilt: Ob mehr produziert wird, ob Arbeiter neu eingestellt werden, das hängt von den Unternehmungen ab, davon, wie sie die Aussichten einschätzen.

Gutes Zureden hilft nichts!

Es genügt nicht, ihnen nach Methode Coué zu sagen: „Es geht von Tag zu Tag besser und besser.“

1. Ausbeutern ohne Profit kann man den Profit nicht nehmen.

Man könnte Unternehmungen der Produktionsmittel-Industrie ihre laufenden Profite ganz oder zum Teil wegnehmen und auf irgend einem Wege den Massen zuführen, sei es durch Lohnerhöhungen in diesen Industrien, sei es durch Preissenkungen für ihre Produkte, sei es durch eine Aenderung der Steuerpolitik. Die Massen würden dann mehr kaufen. In den Konsumgüter-Industrien würde eine Belebung einsetzen. Diese Belebung würde sich ebenso ausbreiten, wie sich zur Zeit die Depression ausbreitet. Die Belebung würde sich schließlich auch den Produktionsgüter-Industrien mitteilen.

2. Man kann ihren Bankrott zulassen.

Man kann einer Reihe von Kapitalisten ihr Vermögen ganz oder teilweise wegnehmen. Das würde in Deutschland heute einfach so aussehen, daß der Staat nichts mehr tut, um ihnen ihr Vermögen durch Subventionspolitik zu erhalten. Er würde Bankrotte zulassen, statt sie, wie heute, künstlich zu verhindern.

Wie sieht so ein Bankrott aus? Das eigene Kapital der Unternehmungen geht dabei zum Teil oder ganz verloren. Bei Aktiengesellschaften werden die Aktien, wie man das nennt, *zusammengelegt*. Für zwei alte Aktien, für zehn alte Aktien — je nachdem, wie schlecht das Unternehmen steht — erhält der Aktionär eine neue Aktie. Außer dem eigenen Kapital der Unternehmungen geht meist geliehenes Kapital ebenfalls zu einem mehr oder weniger hohen Prozentsatz verloren. Kurz: der Anspruch des Kapitals auf Dividende und Zins wird insgesamt verringert. Man spricht von einem „Kapitalschnitt“.

Dieser Weg ist auch möglich in einer Zeit, in der keine Profite gemacht werden. Diesen Weg gehen ganz von selber viele mittleren, kleinen und kleinsten Unternehmungen. Das

Krisenprogramm des ISK

sieht vor, daß man endlich auch große schwerindustrielle Unternehmungen, ferner Großgrundeigentümer diesen Weg gehen läßt. Dann werden Eisen, Kohle und Brot billiger werden. Eisen und Kohle deshalb, weil dann nur die leistungsfähigsten Betriebe noch arbeiten werden und keine zu große Zinslasten tragen zu müssen; aus beiden Gründen werden sie billiger produzieren. Brot würde nach der Ermäßigung der Zollsätze, die wir fordern, im Preise sinken. Wenn infolge der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen

Eisen, Kohle und Brot billiger

sind, dann steigt die Massenkaukraft für diese oder andere Produkte. Das regt die Produktion in Konsumgüterindustrien an. Dort werden mehr Arbeiter eingestellt. Diese kaufen mehr. Die Belebung breitet sich aus. Schließlich nimmt auch die Produktionsgüter-Industrie an ihr teil.

Dieser Weg ist gegenwärtig *gangbar*. Es liegt nur an der politischen Machtverteilung, daß er nicht beschritten wird. Papen nimmt, um die Vermögen der herrschenden Klasse möglichst unversehrt durch die Krise zu retten — wie ich noch genauer zeigen werde —, nicht die Steigerung der Massenkaukraft als Ausgangspunkt, um die Unternehmer zur Ausdehnung der Produktion anzureizen.

Ich komme nun zur Darstellung einiger Möglichkeiten der Ankurbelung der Wirtschaft durch andere Anreize als durch Erhöhung der Massenkaukraft.

3. Inflation als Kampferspritze.

Da muß ich zunächst als dritte Möglichkeit nennen: die Inflation. Sie bietet, wenn im Interesse der Kapitalisten angewandt, aus zwei Gründen für Unternehmer einen Anreiz, die Produktion auszudehnen: Die Inflation ist erstens die brutalste Methode der Lohnsenkung. Wer sich an die Inflationszeit erinnert, weiß das. Heute ist der Reallohn hoch verglichen mit dem Reallohn im Jahre 1923. Zweitens wird durch Inflation Vermögen vernichtet. Aber nicht das *Sachvermögen* der Unternehmungen, sondern das *Leihkapital*, das

Man muß den Unternehmungen die Ausdehnung der Produktion aussichtsvoll erscheinen lassen,

— sei es durch Steigerung der Massenkaukraft, sei es durch einen anderen Anreiz.

In früheren Krisen erschien es den Unternehmungen an einem gewissen Punkt der Konjunktur ohne jeden Staatsingriff, ohne jedes Zureden aussichtsvoll, die Produktion auszudehnen: Ein Anreiz dazu war das Steigen der Massenkaukraft, das darauf beruhte, daß die Preise rascher gefallen waren als die Löhne. Eine ähnliche Wirkung hatte das Steigen der Kaufkraft von Beamtengehältern und Renteneinkommen. Weitere Anreize waren: Gesunkene Zinssätze für Leihgeld; es war infolgedessen leicht, billiges Betriebskapital zu beschaffen und die Ausfuhr von Waren zu finanzieren. Dazu kamen gesunkene Rohstoffpreise und gesunkene Geldlöhne.

Heute in Deutschland ist die Lage völlig anders: Die Massenkaukraft ist mit Knütteln niedergeschlagen worden. Die Kartellpreise werden weiter hochgehalten. Die Zinssätze sind hoch, weil das Vertrauen der Sparer und Gläubiger ebenfalls mit Knütteln erschlagen worden ist. Niedrige Stundenlöhne gibt es freilich. Doch die allein genügen nicht als Anreiz zur Ausdehnung der Produktion. Denn wer sollte die Produkte kaufen?

Von selber öffnet sich also kein Ausweg aus dem Zirkel.

Wie kann der Staat, nachdem er alle Auswege verbaut hat, insbesondere durch die Stützung von Bankrotteuren, einen Ausweg bahnen?

Wie kann er es den Unternehmungen reizvoll erscheinen lassen, die Produktion wieder auszudehnen?

Theoretisch bieten sich dabei unter anderen sechs Möglichkeiten, die ich hier zunächst nur als Nationalökonom untersuchen will. Von den Aussichten der politischen Verwirklichung einer dieser Möglichkeiten will ich erst zum Schluß reden.

Dieser Weg kommt heute in Deutschland nicht in Frage aus dem einfachen Grunde, weil jene Unternehmungen heute keine Profite machen. Dort vollzieht sich *Ausbeutung ohne unmittelbaren Profit!* Die Ausbeutung besteht dort im Augenblick darin, daß die Ausbeuter künftige Ausbeutungsmöglichkeiten mit Händen und Füßen festhalten, daß sie sich ihr Kapital erhalten wollen und mit Hilfe der Steuerzahler und durch Hochhaltung der Preise auch erhalten, obgleich sie eigentlich bankrott sind.

Die Inflation führt zu einer Bereicherung der Unternehmungen durch Schuldabschüttelung und zu einer Enteignung der kleinen Sparer und auch derjenigen großen Kapitalisten, die so unvorsichtig waren, nicht rechtzeitig in Sachwerte zu flüchten.

Der Anreiz, die Produktion auszudehnen, wird verstärkt, weil die Flucht in Sachwerte einsetzt, weil die kleinen Sparer sich schleunigst Möbel kaufen und weil die Unternehmungen so rasch wie möglich auf Kredit ihre Vorräte und Produktionsanlagen vergrößern. Der Anreiz zur Ausdehnung der Produktion wird ferner verstärkt dadurch, daß das Land, in dem Inflation getrieben wird, ausfuhrfähiger wird. Wir kennen auch diesen Zustand aus der Inflationszeit nach dem Krieg: Ausländer konnten damals, in ihrer Währung gerechnet, für einen Spottpreis Einkäufe in Deutschland machen; sie kamen zu diesem Zweck in Scharen über die Grenze.

Durch eine Inflation könnte jener verhängnisvolle Zirkel, den ich genannt habe, also sehr wohl durchbrochen werden.

In Papen's Plan sind Inflations-Elemente enthalten. Sie sind allerdings weit stärker begrenzt, als man zunächst nach Papen's Redo in Münster annehmen konnte. Aber was geschieht, wenn sein Plan nicht glückt? Solange die Krise dauert, werden die Vorschläge nicht aufhören, die Krise durch Aenderungen an der Währung zu beheben. Der Reichsbankpräsident hat berichtet, daß ihm 1000 solcher Vorschläge eingereicht worden seien. Der Vorsitzende des Landgemeindeförderungsausschusses, Landrat Gerecke, hat durch einen Vortrag über seinen Inflationsplan Mitte August in Berlin folgenden Erfolg erzielt: Nach seiner Rede erklärte ein nationalsozialistischer Funktionär von der wirtschaftspolitischen Abteilung seiner Partei sein völliges Einverständnis, und unmittelbar danach erklärte der Generalsekretär des „Reichsbanners“, dieser Tag sei ein Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes; es sei der schönste Tag seines Lebens. Einheitsfront von Nationalsozialisten bis „Reichsbanner“ für Inflation? So etwas halte ich für möglich.

Die Interessenten einer Inflation, also alle hochverschuldeten Schwerindustriellen und Großgrundeigentümer, sind mächtig. Die einzige Gewähr dafür, daß keine Inflation gemacht wird, bietet heute die Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten Luther. Sowohl die ökonomische Unbildung in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung als auch die politische Lage wird dadurch gekennzeichnet, daß es heute von diesem Mann, einem *Kapitalisten* vom Scheitel bis zur Sohle, abhängt, ob der *Arbeiterschaft* Ersparnisse und Löhne abermals gestohlen werden.

Die Inflation würde auf dem Rücken der Arbeiterschaft zur Vermehrung der Produktion, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen. Doch: Was kommt danach? Was soll denn produziert werden?

Produktionsmittel fürs Inland? Sie werden zunächst produziert werden! Die Lage ist aber anders als nach dem Krieg; damals war der Produktionsapparat völlig herunter gewirtschaftet. 1929, aber, zur Zeit der Hochkonjunktur, waren die Produktionsmittel keineswegs voll ausgenutzt.

Soll produziert werden für den *Luxus der Reichen*, der alten Kapitalisten und der neuauftauchenden Spekulanten? Für sie wird produziert werden! Zum Beispiel werden Vergnügungslöcher neu aus dem Erdboden schießen wie Pilze nach einem warmen Regen.

Werden mehr *Massenkonsumgüter* produziert werden? Wer soll sie im Inland kaufen? Die Kaufkraft der Massen wird insgesamt, auch wenn die Arbeitslosigkeit völlig beseitigt würde, sinken, oder, wenn der Inflationsraub nicht so weit getrieben wird, zum mindesten nicht so steigen, daß ein vergrößerter Produktionsapparat ausgenutzt werden könnte.

Werden *Ausfuhrgüter* produziert werden? Zunächst: Ja! Aber gegen Inflationsdumping werden die anderen Staaten sich schnell abschließen. Auch in dieser Hinsicht ist die Lage anders als nach dem Krieg.

Die Inflation würde also wie eine Kampferspritze wirken. Die Wirtschaft würde in einen Fieberzustand verfallen, der Gesundheit vortäuscht. Das Erwachen aus dem Fieberzustand würde um so schlimmer sein.

So viel zum Reizmittel Inflation.

Werden mehr *Massenkonsumgüter* produziert werden? Wer soll sie im Inland kaufen? Die Kaufkraft der Massen wird insgesamt, auch wenn die Arbeitslosigkeit völlig beseitigt würde, sinken, oder, wenn der Inflationsraub nicht so weit getrieben wird, zum mindesten nicht so steigen, daß ein vergrößerter Produktionsapparat ausgenutzt werden könnte.

Werden *Ausfuhrgüter* produziert werden? Zunächst: Ja! Aber gegen Inflationsdumping werden die anderen Staaten sich schnell abschließen. Auch in dieser Hinsicht ist die Lage anders als nach dem Krieg.

Die Inflation würde also wie eine Kampferspritze wirken. Die Wirtschaft würde in einen Fieberzustand verfallen, der Gesundheit vortäuscht. Das Erwachen aus dem Fieberzustand würde um so schlimmer sein.

So viel zum Reizmittel Inflation.

4. Krieg als Krisenheilmittel.

Ein anderes wirkungsvolles Reizmittel für die Unternehmer-Initiative ist der Krieg. Da wird ein riesiger Konsument eingeschaltet: die Heeresverwaltung. Sie kauft ja nicht nur Kriegsgüter im engeren Sinn, sondern zum Beispiel auch Uniformen, Stiefel, Handtücher, Käse, Kunstthong, Autos, Telephongeräte, Schreibpapier. Die Gewinnchancen sind groß, alle Waren sind knapp und steigen daher im Preise. Die Anfangsfinanzierung ist schwierig und würde wohl ähnlich wie im Sommer 1914 durch Inflationsmaßnahmen erfolgen: Durch Ausdehnung des Notenumlaufs. Wenn der Apparat aber einmal in vollem Betrieb ist, wenn Millionen Arbeiter neu eingestellt sind, dann kann die Finanzierung weitgehend teils durch Steuern, teils durch Kriegsanleihen nach bewährtem Muster fortgesetzt werden. Alle Betriebe arbeiten mit Hochdruck. Der Produktionsapparat wird abgenutzt und dadurch der Konsumkraft angepaßt. Ueberflüssige Arbeiter werden auf eine wenig humane aber um so wirksamere Art beseitigt. *Oekonomisch* gesehen ist an dem Mittel Krieg zur Krisenüberwindung wenig auszusetzen! Er eignet sich dazu vortrefflich.

5. Öffentliche Arbeiten.

Andere Staatsaufträge haben nicht das Mitreißende, wie es Staatsaufträge im Kriege haben. Ihre Finanzierung ist daher auch schwieriger. Es ist richtig: Durch öffentliche Arbeiten können zusätzliche Arbeiter beschäftigt werden. Sie haben mehr Kaufkraft als vorher, und das kurbelt auch andere Industrien als die mit Staatsaufträgen bedachten an. Was aber geschieht, wenn das *Arbeitsbeschaffungsprogramm* abgewickelt ist? Fällt dann nicht das ganze Kartenhaus wieder in sich zusammen? Weil diese Gefahr besteht, ist

öffentliche Arbeitsbeschaffung nur als *Hilfsmaßnahme zur Ueberbrückung von augenblicklichen Schwierigkeiten* geeignet.

Dazu will Papen jetzt zwei sogenannte kleine Arbeitsbeschaffungsprogramme mit Unterstützung der Reichsbank durchführen. Ähnlich ist im ISK-Programm öffentliche Arbeitsbeschaffung in Wohnungsbau und Siedlung vorgesehen als Gegenstoß gegen Entlassungen in der Schwerindustrie, also auch nur zur Ueberbrückung vorübergehender Schwierigkeiten.

Falsch ist die kürzlich im „Vorwärts“ (Nr. 409/15, vom 3. September) von Tarnow vertretene Ansicht, der einzige Ausweg aus der Krise sei, durch öffentliche Investitionen die Krisenüberwindung herbeizuführen. Der *einzige* Ausweg ist es sicher nicht. Denn man kann auch, worauf wir immer wieder hinweisen, durch Steigerung der Massenkaukraft die Wirtschaft ankurbeln. Die Massenkaukraft kann man zwar heute nicht dadurch steigern, daß man den Unternehmern die laufenden Profite irgendwie wegnimmt, wohl aber dadurch, daß man das Vermögen von Unternehmungen sich durch Bankrotte entwertet läßt und dadurch Zinsansprüche vernichtet.

(Abschnitt 6: „Papen's Münchhausen-Experiment“ folgt demnächst.) Hellmut Rauschenplat.

SOWJET-UNION

Preissteigerungen für rationierte Lebensmittel: Anfang September wurden die Preise folgendermaßen erhöht:

	von	auf
10 Eier	1 Rubel	3,50 Rubel
1 kg Käse, beste Sorte	6,50 „	14 „
1 kg Käse, II. Qualität	2,60 „	6 „
1 kg saure Sahne	3 „	4,50 „
1 kg Fleisch	1,45 „	2,12 „

Zur Vergleichung: der durchschnittliche Monatslohn beträgt nach der „Internationalen Pressekorrespondenz“, Nr. 63, vom 2. August 1932, 108 Rubel.

Warum sinkt die Kohlenproduktion? Im Donezbecken betrug Ende August die Kohlenproduktion täglich 105 000 Tonnen, während sie im ersten Vierteljahr 1932 täglich 145 000 Tonnen betragen hatte. Ein wichtiger Grund für den Rückgang der Produktion ist der häufige Arbeiterwechsel. Manche Bergwerke berichten von 90—100 Prozent Arbeiterwechsel innerhalb von drei Monaten.

FRANKREICH

Händler melden sich zum Wort: In Frankreich wurde kürzlich eine Vereinigung von Export-Industriellen zur Entwicklung des internationalen Handels gegründet. Die Vereinigung will im Winter in Paris einen Internationalen Kongreß für Export veranstalten. Die Vereinigung britischer Kaufleute, die vor drei Monaten zu ähnlichen Zwecken gegründet wurde, hat ihre Mitwirkung zugesagt.